verbraucherzentrale Bundesverband

newsletter verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	**1**
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	**2**
Finanzdienstleistungen	**3**
Gesundheit / Ernährung	**3**
Telekommunikation / Medien / Internet	**5**
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	**5**
Terminvorschau	**6**

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. Vorschläge für außergerichtliche Streitbeilegung für Verbraucher

Die EU-Kommission hat am 29. November 2011 zwei Vorschläge für Rechtsakte unterbreitet, mit denen gewährleistet werden soll, dass alle Verbraucher ihre vertraglichen Streitigkeiten außergerichtlich abwickeln können. Dies erfolgt unabhängig davon, um was für eine Ware oder Dienstleistung es in dem Streit geht und wo (im eigenen Land oder im Ausland) das Rechtsgeschäft im europäischen Binnenmarkt zustande gekommen ist. Die Unternehmen müssen ihre Kunden informieren, welche Stelle für potenzielle Streitigkeiten zuständig ist. Diese Stellen müssen den Streit innerhalb von 90 Tagen regeln.

Für Verbraucher, die über Landesgrenzen hinweg online einkaufen, möchte die Kommission eine EU-weite, einheitliche Online-Plattform schaffen, mit der sich vertragliche Streitigkeiten innerhalb von 30 Tagen vollständig beilegen lassen.

Der für Gesundheit und Verbraucher zuständige EU-Kommissar John Dalli sagte hierzu: „Es ist inakzeptabel, dass so viele Verbraucherprobleme ungelöst bleiben, weil die Verbraucher keine wirksamen Möglichkeiten zur Beilegung von Streitigkeiten mit den Unternehmern haben. Das macht sich im Geldbeutel der Verbraucher bemerkbar, schadet dem Vertrauen und verlangsamt das Wachstum. Sobald die heute von mir vorgelegten Vorschläge umgesetzt sind, wird es für die europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern leichter sein, einfache, schnelle und kostengünstige Wege zur Lösung ihrer Probleme zu beschreiten, gleich wo und wie sie ein Produkt oder eine Dienstleistung in der EU erworben haben.“

Die EU-Kommission erwartet, dass das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat beide Vorschläge bis Ende 2012 annehmen. Danach haben die EU-Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit für die Einrichtung alternativer Streitbeilegungsstellen wie etwa Schlichter, Mediatoren, Ombudsleute und Beschwerdestellen. Die Plattform für Online-Streitbeilegung soll sechs Monate später, also Anfang 2015, einsatzbereit sein.

Der europäische Verbraucherverband BEUC, in dem auch der VZBV Mitglied ist, begrüßte die Vorschläge für eine umfassende außergerichtliche Streitbeilegung. Dies beinhalte eine Schlichtung durch Dritte wie etwa Ombudsleute. Rein interne Beschwerdeverfahren würden nicht genügen.

Der europäische Verbraucherverband BEUC, in dem auch der VZBV Mitglied ist, begrüßte die Vorschläge für eine umfassende außergerichtliche Streitbeilegung. Dies beinhalte eine Schlichtung durch Dritte wie etwa Ombudsleute. Rein

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Berichtszeitraum
28. November bis 11. Dezember 2011

Impressum
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

interne Beschwerdeverfahren würden nicht genügen.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1461&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/840&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

http://ec.europa.eu/consumers/redress_cons/docs/directive_adr_de.pdf

http://ec.europa.eu/consumers/redress_cons/docs/odr_regulation_de.pdf

http://docshare.beuc.org/docs/1/DLHPKNEBDPGECNIOCAAPFMMLPDWY9D7G239DW3571KM/BEUC/docs/DLS/2011-09957-01-E.pdf

2. Diskussion über Gemeinsames Europäisches Kaufrecht

Im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments fand am 22. November 2011 eine erste Aussprache über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht statt. An dieser Aussprache nahm EU-Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding teil. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Klaus-Heiner Lehne (CDU) und die britische Liberale und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Diana Wallis, sind zu Co-Berichterstattern ernannt worden. Die sehr seltene Benennung von Co-Berichterstattern ist ein Zeichen für die besondere Bedeutung des Vorschlags. Frühestens im Juli 2012 ist mit einem Berichtsentwurf der beiden Co-Berichterstatter zu rechnen. Zuvor sollen noch Anhörungen mit Experten und interessierten Kreisen durchgeführt werden. Mitberatend sind die Ausschüsse für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie für Wirtschaft und Währung.

Die beiden Co-Berichterstatter begrüßten die Vorschläge der EU-Kommission. Für Klaus-Heiner Lehne ist die Diskussion über das „Ob“ eines Gemeinsamen Kaufrechts abgeschlossen. Jetzt gehe es nur noch um das „Wie“. Lehne zeigte sich zuversichtlich, dass das Europäische Parlament zusammen mit der EU-Kommission die Zweifler in den nationalen Parlamenten überzeugen könne. Lehne wird am 8. Februar 2012 ein Gespräch mit dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages führen. Im Mai 2012 findet eine öffentliche Anhörung der Justizministerkonferenz der deutschen Länder statt, voraussichtlich mit Teilnahme von EU-Kommissionsvizepräsidentin Reding.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) warnt vor einem zivilrechtlichen Abenteuer zum Schaden der Verbraucher. Nach Auffassung des vzbv hat dieses fakultative Vertragsrechtsinstrument keinen Mehrwert für Verbraucher, verkompliziert die Rechtslage und wird kostenträchtigen Beratungsbedarf zur Folge haben.

http://ec.europa.eu/justice/contract/files/common_sales_law/communication_sales_law_de.pdf (Mitteilung)

http://ec.europa.eu/justice/contract/files/common_sales_law/regulation_sales_law_de.pdf (Vorschlag für Verordnung, 131 Seiten)

http://www.vzbv.de/go/presse/1534/index.html?ref_presseinfo=true

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Weniger Verspätungen und eine bessere Servicequalität für Flugpassagiere

Die EU-Kommission hat am 1. Dezember 2011 ein umfassendes Paket für bessere Flughäfen in der Europäischen Union vorgelegt. Der für Verkehr zuständige Vizepräsident der Kommission, Siim Kallas, sagte: „Europas Flughäfen stehen vor einer Kapazitätskrise. Wir müssen jetzt handeln, damit das Luftverkehrsnetz von Unternehmen und Reisenden optimal genutzt werden kann.“ Vorgeschlagen wird eine effektivere Zuteilung der Landerechte auf Flughäfen, um Kapazitätsengpässe zu vermeiden. In Deutschland arbeiteten Düsseldorf und Frankfurt schon jetzt an ihren Kapazitätsgrenzen. Vorgeschlagen werden ferner Maßnahmen zur Verbesserung von Qualität und Effizienz der Bodenabfertigungsdienste. Hierzu gehört die Schaffung von mehr Wettbewerb.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10335_de.htm

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?referen-

ce=IP/11/1484&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/857&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

2. Öffentliche Abstimmung über elektronische Reiseplaner eröffnet

EU-Kommissionsvizepräsident Siim Kallas ruft bis 13. Januar 2012 alle Interessierten auf, über 12 Reiseplaner abzustimmen. Es gebe zwar schon über 100 Reiseplaner auf dem Markt, doch mit keinem der vorhandenen Systeme könne der europäische Verbraucher Informationen zu Reisen in ganz Europa abrufen oder durchgehende Tickets für die gesamte Reise über Ländergrenzen und Verkehrsträger hinweg buchen.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1500&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

www.eujourneyplanner.eu

3. Kraftfahrzeuge sollen leiser werden

Innerhalb von fünf Jahren möchte die EU-Kommission die Geräuschgrenzwerte für PKW, Lieferwagen, Busse und LKW in zwei Schritten senken und den Verkehrslärm so um bis zu ein Viertel reduzieren. EU-Industriekommissar Antonio Tajani erklärte am 9. Dezember 2011: "Unser Vorschlag führt zu leiseren Fahrzeugen auf unseren Straßen und zu einer gesünderen Umwelt. Außerdem sorgt er dafür, dass die internationalen Vorschriften für die Industrie klarer gefasst werden, wodurch es für europäische Hersteller einfacher wird, Fahrzeuge außerhalb der EU zu verkaufen." Vorgesehen sind auch ein neues Messverfahren für Geräuschemissionen sowie freiwillige schallerzeugende Vorrichtungen für Elektro- und Hybridelektrofahrzeuge, damit andere Verkehrsteilnehmer gewarnt werden können.

Die Vorschläge bedürfen der Zustimmung des Europäischen Parlaments und des EU-Ministerrats.

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1520&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Finanzdienstleistungen

Sechs deutsche Banken fallen bei Stresstest durch

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ermittelte europaweit den Rekapitalisierungsbedarf von Banken. Die Finanzinstitute müssen bis Ende Juni 2012 die Vorgabe von neun Prozent Eigenkapital erfüllen. In Deutschland fehlen der Commerzbank 5.3 Milliarden Euro, der Deutschen Bank 3.2 Milliarden Euro, der Norddeutschen Landesbank 2.489 Milliarden Euro, der Landesbank Hessen-Thüringen 1.497 Milliarden Euro, der DZ Bank AG (Zentralinstitut der Volksbanken und Raiffeisenbanken) 353 Millionen Euro und der WestLB 224 Millionen Euro. Für die Norddeutsche Landesbank und die Landesbank Hessen-Thüringen sei die Rekapitalisierung aber bereits angekündigt.

http://www.bundesbank.de/download/presse/pressenotizen/2011/20111208.ergebnisse_rekapitalisierungsumfrage.pdf

Gesundheit / Ernährung

1. Besserer Schutz vor grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen

Die EU-Kommission hat am 7. Dezember 2011 vorgeschlagen, die Krisenreaktion der EU-Staaten stärker zu koordinieren und bei europaweiten Gesundheitskrisen beispielsweise Impfstoffe gemeinsam zu beschaffen und Arzneimittel schneller verfügbar zu machen. EU-Gesundheitskommissar Dalli sagte in Brüssel: "In unserer globalisierten Gesellschaft können Krankheiten innerhalb von Stunden durch ganz Europa und rund um den Globus wandern. Daher müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten darauf vorbereitet sein, in koordinierter Weise gemeinsam vorzugehen, um die Ausbreitung einer Krankheit einzudämmen."

Künftig soll die Europäische Union selbst einen "europäischen Gesundheitsnotfall" feststellen können, um im Krisenfall schneller reagieren zu können. Mögliche Bedrohungen sind ansteckende Krankheiten wie Grippe und durch Trinkwas-

ser übertragene Krankheiten, aber auch Gesundheitskrisen als Ergebnis extremer Wetterbedingungen wie Hitze- oder Kältewellen. Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat müssen dem Vorschlag der Kommission zustimmen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10351_de.htm

2. Liste zulässiger gesundheitsbezogener Angaben auf Lebensmitteln

In einer Sitzung des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit haben die Experten der EU-Mitgliedstaaten am 5. Dezember 2011 eine Liste zulässiger gesundheitsbezogener Angaben auf Lebensmitteln gebilligt. Dazu erklärte das für Verbraucherpolitik zuständige Kommissionsmitglied John Dalli: „Ich begrüße den wichtigen Beschluss, der heute gefasst wurde. Wo es um gesundheitsbezogene Angaben geht, ist es besonders wichtig, dass diese wahrheitsgetreu und korrekt sind. Diese Maßnahme wird, sobald sie vom Europäischen Parlament und vom Rat genehmigt ist, den nationalen Behörden dabei helfen, ein hohes Verbraucherschutzniveau zu gewährleisten."

Die Liste enthält 222 Angaben; diese wurden aus ca. 500 Einträgen aus den gebündelten Auflistungen von Angaben aus den Mitgliedstaaten extrahiert. Die betreffenden Angaben wurden von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) positiv bewertet, da sie für ausreichend wissenschaftlich belegt befunden wurden. Etwa 1.500 Anträge sind abgelehnt worden.

Gegenstand dieser gesundheitsbezogenen Angaben ist beispielsweise die Wirkung von Proteinen, Vitaminen und Mineralstoffen, Ballaststoffen sowie Omega-3-Fettsäuren auf die Körperfunktionen. Hierunter fallen die Leistungsfähigkeit des Immunsystems und die Beibehaltung eines gesunden Cholesterinspiegels.

Noch nicht abgeschlossen ist die Prüfung der pflanzlichen Erzeugnisse. Pflanzliche Erzeugnisse kämen nicht nur in Nahrungsmitteln, sondern auch in traditionellen pflanzlichen Medizinprodukten vor. Dies könne zu unterschiedlichen Beurteilungen führen und die Verbraucher verwirren. Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten überlegten derzeit wie ein kohärenter Ansatz gefunden werden könne.

Zu Beginn des Verfahrens hatten die Mitgliedstaaten der Kommission insgesamt mehr als 44 000 gesundheitsbezogene Angaben übermittelt. Die Kommission bündelte diese zu einer Liste von rund 4 600 Angaben. Anschließend nahm die EFSA eine Bewertung dieser Angaben vor und veröffentlichte sechs Gutachten-Reihen, in denen sie rund 2 760 der ca. 4 600 zur wissenschaftlichen Bewertung vorgelegten gesundheitsbezogenen Angaben behandelte (1 550 Angaben zu pflanzlichen Stoffen liegen der EFSA noch zur Bewertung vor, weitere 500 sind bereits bewertet, die Kommission erwägt derzeit aber noch, ob sie für zulässig befunden werden sollen).

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/869&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/868&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1460&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

http://ec.europa.eu/food/food/labellingnutrition/claims/health_claims_en.htm

3. Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette verbessern

Das Hochrangige Forum der EU-Kommission für die Verbesserung der Funktionsweise der Lebensmittelversorgungskette wird sich im Jahr 2012 vorrangig mit der Vertragspraxis bei den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen, der Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie und der Überwachung von Lebensmittelpreisen befassen.

In einer gemeinsamen Erklärung kommentierten der Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie und Unternehmertum Antonio Tajani sowie seine Amtskollegen, die Kommissare Michel Barnier, John Dalli und Dacian Cioloş: „Wir erzielen zwar schon gute, solide Fortschritte, wir müssen aber jetzt die Schlagzahl erhöhen und mehr Ergebnisse abliefern, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen. Im derzeitigen Wirtschaftsumfeld gewinnt die Arbeit des Forums zusätzlich an Bedeutung: Wir brau-

chen eine effiziente, wettbewerbsfähige Lebensmittelkette, die den Bedürfnissen der Hersteller, Erzeuger, Einzelhändler und Verbraucher in der EU gerecht wird."

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1469&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/food/competitiveness/forum_food/index_en.htm

4. Förderung des Vertriebs europäischer Agrarprodukte

Die EU-Kommission veröffentlichte eine Zusammenfassung der Ergebnisse ihrer Anhörung zur Absatzförderung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Eine deutliche Mehrheit habe sich dafür ausgesprochen, die Herkunft aus der Europäischen Union, Frische, Direktvertrieb, kurze Versorgungskette, lokale Erzeugnisse und Beiträge zur Förderung des ländlichen Raums herauszustellen. Die Ergebnisse der Anhörung werden in eine für das erste Halbjahr 2012 vorgesehene Mitteilung einfließen. Ende 2012 sollen Gesetzgebungsvorschläge folgen.

http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/policy/index_en.htm

Telekommunikation / Medien / Internet

1. Minderjährige benötigen besseren Schutz in Online-Medien

Der EU-Ministerrat forderte am 28. November 2011 die EU-Mitgliedstaaten auf, durch Sensibilisierungskampagnen für Kinder, Eltern, Lehrer und sonstige Personen, die mit Kindern arbeiten, auf den Schutz Minderjähriger hinzuwirken. In den Schulen sowie in Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung sei Online-Sicherheit und Medienkompetenz zu vermitteln. Anbieter der Inhalte von Online-Medien und Anbieter von Internetdiensten, sowie soziale Netzwerke und Online-Diskussionsforen seien anzuhalten, dem Schutz Minderjähriger bei der Gestaltung ihrer Dienste umfassend Rechnung zu tragen. Alle Anbieter sollten sich entsprechenden Verhaltenskodizes unterwerfen.

http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st16/st16155.de11.pdf

2. Führende Unternehmen starten Initiative für kindersicheres Internet

Auf Initiative der EU-Kommission haben sich 28 weltweit führende Technologieunternehmen zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Zu den Gründungsmitgliedern gehören die Deutsche Telekom, Microsoft, Apple, Google, Facebook, RTL Group, Nokia und Vodafone. Neelie Kroes, die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, sagte: „Zusammen werden wir den Takt für die gesamte Branche vorgeben und eine solide Grundlage schaffen, damit sich Kinder selbstbewusst in der Online-Welt bewegen können." Wesentliche Anliegen sind einfachere Meldemöglichkeiten für schädliche Inhalte, altersgerechte Datenschutzeinstellungen und ein größeres Angebot an Werkzeugen für die elterliche Kontrolle.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10337_de.htm

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1485&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/self_reg/index_en.htm

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. Zinsniveau weiter abgesenkt

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) senkte am 8. Dezember 2011 den Leitzins erneut, und zwar von 1.25 Prozent auf das historische Tief von 1.00 Prozent. Zu diesem Zinssatz bekommen Banken bis auf weiteres unbegrenzt Liquidität von der EZB. Erfahrungsgemäß führt dies dazu, dass die Zinsen auf die Sparguthaben der Verbraucher rasch abgesenkt werden, während die Zinsen für Kredite an Verbraucher mit Verzögerung verbilligt werden. Beobachter rechnen mit weiteren Zinssenkungen im Jahr 2012.

EZB-Präsident Mario Draghi begründete die Zinsentscheidung mit einem schwachen Wirtschaftswachstum und einer nachlassenden Inflation. Im November habe die Teuerungsrate im Eurogebiet wie in den beiden Vormonaten bei drei Prozent gelegen. Die Verbraucherpreise würden noch einige Monate über zwei Prozent liegen, aber mittelfristig beim Stabilitätsziel von unter aber nahe zwei Prozent verharren.

Das reale Bruttoinlandsprodukt im Eurogebiet habe sich im dritten Vierteljahr 2011 wie schon im vergangenen Dreimonatszeitraum um 0.2 Prozent gegenüber dem Vorquartal erhöht. Umfrageergebnisse deuteten auf eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums im vierten Quartal 2011 hin. Nach Schätzungen der Experten der EZB werde das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012 zwischen -0.4 und 1.0 Prozent wachsen bzw. schrumpfen. Die Teuerungsrate liege 2012 zwischen 1.5 und 2.5 Prozent und 2013 zwischen 0.8 und 2.2 Prozent. Verstärkte Spannungen an den Finanzmärkten wirkten sich weiterhin dämpfend auf die Konjunktur im Eurogebiet aus. Dies mindere den Preis- Kosten- und Lohndruck.

http://www.bundesbank.de/download/ezb/pressenotizen/2011/20111208.bemerkungen.pdf

2. Europäische Kampagne für Spielzeugsicherheit

Die EU-Kommission startete am 29. November 2011 eine europaweite Informationskampagne für Spielzeugsicherheit. Damit sollen Tipps für den Kauf und die richtige Verwendung von besonders sicherem Spielzeug gegeben werden. In einem EU-weit ausgestrahlten Fernsehspot werden wichtige Fragen behandelt. Zusätzlich erhalten noch alle Verbraucher in der Europäischen Union beim Kauf von Spielzeug eine Karte mit Sicherheitstipps. Kommissionsvizepräsident Antonio Tajani sagte hierzu: „Ich freue mich darüber, dass die Medien und hunderte Geschäfte in der gesamten EU an dieser Kampagne teilnehmen. Aber die Spielzeugsicherheit ist natürlich das ganze Jahr über ein wichtiges Thema, das wir keineswegs dem Zufall überlassen dürfen!"

http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1467&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

Link zu Video und Karten

Liste der an der Kampagne teilnehmenden Mitgliedstaaten und Geschäfte

3. Kartellverfahren auf Markt für E-Bücher

Die EU-Kommission hat am 6. Dezember 2011 ein förmliches Prüfverfahren wegen des Verdachts von rechtswidrigen Preisabsprachen beim Verkauf von E-Büchern eingeleitet. Dabei wird untersucht, ob fünf internationale Verlage, darunter die deutsche Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, möglicherweise mit Hilfe von Apple beim Verkauf von E-Büchern gegen EU-Kartellrecht verstoßen haben. Außerdem prüft die Kommission die Handelsvertreterverträge, die die fünf Verlage Hachette Livre (Frankreich), Harper Collins (USA), Simon & Schuster (USA), Penguin (Großbritannien) und Georg von Holtzbrinck (Deutschland) mit Einzelhändlern für den Absatz von E Büchern geschlossen haben.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10346_de.htm

4. Bessere Informationen über Haustierfutter

Der Verband der europäischen Hersteller von Haustierfutter (FEDIAF) einigte sich auf einen Verhaltenskodex zur Etikettierung von Haustierfutter. Grundlage ist die europäische Gesetzgebung zu Haustierfutter. Diese legt die Anforderungen an Haustierfutter fest. Der Verhaltenskodex harmonisiert die Anforderungen an die Etikettierung. Angaben müssen wissenschaftlich fundiert sein. Verbraucher sollen das für ihre Haustiere geeignete Futter auswählen können. Auf dem Etikett ist eine Kontaktmöglichkeit wie etwa eine Telefonnummer anzugeben, damit Verbraucher weitere Informationen über das Produkt erhalten können.

http://ec.europa.eu/food/food/animalnutrition/labelling/index_en.htm

Terminvorschau

Rat

Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie (12./13. Dezember 2011)

Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum; Bodenabfertigungsdienste auf den Flughäfen; Fahrgastrechte; Rundfunkspektrumspolitik;

Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen; Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA).

Rat für Justiz und innere Angelegenheiten (13./14. Dezember 2011)

Gemeinsames Europäisches Kaufrecht; Programme im Bereich Justiz und Bürgerschaft 2014-2020; Datenschutz; Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA über die Verwendung von Fluggastdatensätzen.

Rat für Landwirtschaft und Fischerei (15./16. Dezember 2011)

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik; Ökologische/biologische Produktion und Kennzeichnung dieser Produkte; Qualitätssysteme von Agrarerzeugnissen; Grünbuch zu Förderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse; Zulassung von genetisch veränderten Organismen (GVOs); Tierschutz-Strategie; Fangmöglichkeiten für Fischerei in Nordsee, Atlantik und Schwarzem Meer.

Rat für Umwelt (19. Dezember 2011)

Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union für das Jahr 2020; Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa; Aussprache über die Ergebnisse der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Durban/Südafrika (28.November bis 9. Dezember 2011).

Europäisches Parlament

Plenum (12. – 15. Dezember 2011)

Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2012; Bilanz des polnischen Vorsitzes im EU-Ministerrat; Einheitlicher europäischer Verkehrsraum; Die europäische Dimension des Sports; Fruchtsäfte und bestimmte gleichartige Erzeugnisse für die menschliche Ernährung; Verwendung von Phosphaten in Haushaltswaschmitteln.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (12. Dezember 2011)

Änderung der Verordnung über Ratingagenturen; Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) und Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds im Hinblick auf den übermäßigen Rückgriff auf Ratings.

Fischereiausschuss (12. Dezember 2011)

Gemeinsame Fischereipolitik.

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (19. /20. Dezember 2011)

Bewertungsberichte zu Rechtsvorschriften über genetisch veränderte Organismen (GVOs); Energieeffizienz; Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder sowie Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke.

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (19./20. Dezember 2011)

Rechte der Flugpassagiere.

Rechtsausschuss (19./20. Dezember 2011)

Für ein kohärentes europäisches Konzept für Sammelklagen; Änderung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind; Europäischer Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung; Zulässige Formen der Nutzung verwaister Werke; Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, Australien, Kanada, Japan, der Republik Korea, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika; Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums durch die Zollbehörden.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (20. Dezember 2011)

Richtlinie über alternative Streitbeilegung für Verbraucher; Verordnung über Online-Streitbeilegung; Rechtsvorschriften für Sportboote; Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder sowie Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke; Roaming im öffentlichen Mobilfunk.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung der Kommission (13. Dezember 2011

Mögliche Themen sind: Energieplan 2050; EU-Strategie für den Tierschutz und das Wohlergehen von Tieren (2011-2015); Vorschläge zur Änderung der EU-Richtlinien zur Transparenz der Preisgestaltung und Kostenerstattung von Medikamenten.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion und Verbrauch (19. Dezember 2011)

Eine strategische Vision der europäischen Normung; Ein Binnenmarkt für Rechte des geistigen Eigentums; OTC-Derivate; Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind; Jahresabschluss, konsolidierter Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen.

Ausschuss der Regionen

Plenum (14./15. Dezember 2011)

Energieeffizienz; Absatzförderung für Agrarerzeugnisse; Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU zur UN-Konferenz über nachhaltige Entwicklung 2012 (Rio+20).

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-495/10 (21. Dezember 2011)

Geltung der Produkthaftungsrichtlinie für öffentliche Krankenhäuser.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)